

bukowina und Bessarabien an die Sowjetunion abtreten. Slowenien und Kroatien wurden nach Kriegsende in die größeren nationalen Entitäten der ČSSR und Jugoslawiens integriert und entgingen so gleichzeitig der Bestrafung für ihr Verhalten im Krieg.

Insbesondere D.s Darstellung wie auch der einleitende Überblick von Marina Cattaruzza und Dieter Langewiesche verdeutlichen das Potenzial des Themas. Eine absichtsvolle Analyse des Revisionismus der deutschen Bündnispartner als politische Triebfeder wäre ein lohnendes Unterfangen gewesen. Leider kann jedoch das Buch diesen Anspruch nicht einlösen. Es handelt sich um einen typischen Konferenzsammelband, nicht um den Versuch einer systematischen wissenschaftlichen Beschäftigung mit dem Thema. Wichtige Staaten, wie beispielsweise Finnland, fehlen, dafür liegen für Bulgarien gleich zwei, wenn auch sehr unterschiedlich gelagerte Beiträge vor. Eine einheitliche Fragestellung, entlang derer eine länderübergreifende Gliederung hätte erfolgen können, sucht man vergebens. Gänzlich unverständlich bleibt, wieso die Ukraine Aufnahme in den Sammelband gefunden hat. Anders als die übrigen behandelten Länder war die Ukraine im Zweiten Weltkrieg nicht mit Deutschland verbündet, sondern von ihm besetzt. Mehr noch: Sie hatte auch in der Zwischenkriegszeit nicht als souveräner Staat, sondern als Teil Polens und der Sowjetunion existiert. Die beiden Beiträge von Frank Grelka und Frank Gołczewski behandeln dementsprechend auch eher die „Kollaboration“ von Teilen der ukrainischen Nationalbewegung als den Revisionismus. Richtig ist, dass auch diese Kräfte an der Verschiebung von Vorkriegsgrenzen interessiert waren und diese nicht zuletzt durch ethnische Säuberungen gegen polnische Ansprüche absichern wollten. In einem Band über die Revisionsvorstellungen der deutschen Verbündeten sind die Beiträge dennoch fehl am Platz. Zur Behandlung wirklicher Kollaborationsregime und ihrer Neuordnungspläne hätte eine Untersuchung des kroatischen Ustaša-Regimes nähergelegen.

Das ändert nichts an der Qualität der einzelnen Beiträge. Es heißt aber, dass das Buch nicht mehr ist als die Summe seiner Beiträge. Wie so viele Sammelbände, wird auch der vorliegende wohl kaum *in toto* gelesen werden. Eine vertane Chance!

Vilnius

Alexander Brakel

Marcin Zaremba: Im nationalen Gewande. Strategien kommunistischer Herrschaftslegitimation in Polen (1944-1980). (Klio in Polen, Bd. 14.) fibre. Osnabrück 2011. 437 S. 978-3-938400-67-8. (€ 39,80.)

Vor über einem Jahrzehnt erschien in Polen die Originalausgabe der herausragenden Studie, die Marcin Zaremba über die nationalistische Legitimation kommunistischer Herrschaft in Polen geschrieben hat.¹ Dank der Arbeit des Deutschen Historischen Instituts Warschau liegt dieses Standardwerk der polnischen Zeitgeschichte nun auch in deutscher Übersetzung vor. Weit über die Frage des polnischen Nationalismus hinaus wird damit eine der wichtigsten Studien über den polnischen Kommunismus der deutschen Öffentlichkeit zugänglich. Andreas Hofmann hat das Werk in luzide wissenschaftliche Prosa übersetzt; auf Deutsch erscheint es mit einer Einleitung von Robert Briër, die in die zeithistorische Debatte über das Werk selbst und über das Verhältnis von Kommunismus und Nationalismus einführt.

Der Vf. behandelt die Legitimationsstrategien des kommunistischen Regimes von seiner Entstehung in Moskau und Lublin 1943/44 bis zu seinem Bankrott 1980. Ihn interessiert dabei, wie die kommunistische Partei ihre Herrschaft im Kanon der polnischen My-

¹ MARCIN ZAREMBA: Komunizm, legitymizacja, nacjonalizm. Nacjonalistyczna legitymizacja władzy komunistycznej w Polsce [Kommunismus, Legitimierung, Nationalismus. Die nationalistische Legitimierung der kommunistischen Herrschaft in Polen], Warszawa 2001.

then und nationalen Erzählungen einbettete. Denn eine Konsequenz hatten Stalin und seine polnischen Satrapen aus der Zwischenkriegszeit gezogen: Die Kommunisten sollten nicht mehr gesellschaftlich isoliert als „Handlanger Moskaus“ dastehen. Im Zweiten Weltkrieg beschlossen Stalin und Georgi Dimitrov, dass der Kommunismus der Nachkriegszeit national sein würde. Deshalb schufen sie kommunistische Nationalstaaten und verzichteten auf eine weitere territoriale Expansion der UdSSR. Polen war ein Laboratorium ihrer neuen Strategie: Kaum eine andere kommunistische Partei war in der Zwischenkriegszeit so isoliert gewesen und so sehr mit einer feindlichen Macht identifiziert worden, und kaum eine andere hatte im Großen Terror so einen Aderlass erlebt. Mit ihrer Neugründung als Polnische Arbeiterpartei (PPR) beschritt sie den von Stalin gezeichneten Weg vom nationalen Nihilismus zum nationalen Kommunismus. Vor diesem historischen Hintergrund lohnt es sich, Z.s spannende Studie zu lesen.

Der Vf. setzt mit einem Abriss zum Verhältnis zur Nation im bolschewistischen Denken ein und diskutiert die Frage, welche anderen Faktoren außer der Nation dem Regime zur Verfügung standen, um Legitimität zu erlangen. Eindrucksvoll schildert Z. die Versuche der kommunistischen Machthaber, dem Eindruck der Fremdherrschaft entgegenzuwirken. Sie wollten als polnische Kommunisten und nicht als Statthalter Stalins begriffen werden. Bewusst stellten sie sich in die Tradition polnischer Staatlichkeit – selbst wenn dies bedeutete, dass sie antirussische Symbole aufriefen. Gleichzeitig wurden jedoch auch Symbole der neuen Ordnung eingeführt und die Sowjetisierung des öffentlichen Raums vorangetrieben. Anschließend beschreibt das Buch die hochstalinistische Periode, in der die Partei das nationale Paradigma gegenüber der sowjetischen Symbolik abwertete. Die Säuberung von 1948 fußte auf dem Vorwurf der „nationalistischen Abweichung“; dennoch verschwand der Appell an nationale Gefühle auch im Stalinismus nicht und kehrte mit Furore während der Krise des Jahres 1956 in die polnische Öffentlichkeit zurück. Nun zeigte sich, dass sich der kommunistische Nationalismus durch Antisemitismus ergänzen ließ. Zugleich brachte die Bevölkerung ihre antisowjetischen Ressentiments zum Ausdruck. Das Jahr 1956 ließ erkennen, wie schwer es der Staatspartei fiel, das Spiel mit nationalistischen Legitimationsmustern zu kontrollieren. Doch nicht nur aus der Öffentlichkeit, sondern auch aus der Partei selbst kam nun die Forderung, den kommunistischen Nationalstaat zu schaffen und aus den imperialen Fängen Moskaus auszubrechen.

Tatsächlich zeigt die Studie, dass sich 1956 als Gründungsjahr des nationalkommunistischen Polen interpretieren lässt. Es definierte sich als national homogener und souveräner Staat und hob sich damit von der Tradition der *Rzeczpospolita* ab, die stets Vielvölkerreich gewesen war. Dies wurde auch in der Gesellschaft verstanden; die Ausreise der jüdischen Minderheit beschleunigte sich. Schon 1958 versuchte die Parteiführung jedoch, den nationalen Geist wieder in die Flasche zu zwingen, und verschärfte die marxistische Propaganda. Doch Z. zeigt, dass auch extremer Nationalismus in Teilen der Partei während der 1960er Jahre hoffähig blieb. Und in ihrer Propaganda zeigte sich die Partei unter Władysław Gomułka eher national als proletarisch oder gar internationalistisch. Dies offenbarte sich primär im deutschen Feindbild, das die Partei unablässig bemühte. Z. belegt dies eindringlich anhand der Feierlichkeiten zum 550. Jahrestag der Schlacht bei Grunwald 1960. Schließlich richtete sich das Ideal der homogenen Nation auch gegen die eigenen Bürger wie etwa in Schlesien. In der antisemitischen Kampagne des März 1968 erreichte der Nationalkommunismus seinen traurigen Höhepunkt. Außenpolitisch ergänzte die Partei den deutschen Feind um den Staat Israel, den sie mit dem NS-Staat verglich. In Polen füllte der Nationalismus das Vakuum, das durch die Entwertung der marxistischen Utopie nach 1956 entstanden war.

Die Proteste der 1970er Jahre hatten immer auch eine nationale Komponente. Die Opposition akzeptierte die parteistaatliche Behauptung, „Volkspolen“ sei ein souveräner Staat, zu keinem Zeitpunkt. Mit dem Wiederaufbau des Warschauer Schlosses bekam der Nationalismus unter Edward Giereks Herrschaft gleich zu Beginn ein Symbol. Ansonsten betonte Gierek jedoch weniger die heroische Vergangenheit als vielmehr die moderne Zu-

kunft Polens. Sie war sein Projekt. Zugleich betonte die Partei unvermindert, dass sie die nationale Einheit verkörpere – eine Behauptung, die im Zeichen der Wirtschaftskrise und des Aufstiegs der oppositionellen Bewegung nach 1976 endgültig ihre Glaubwürdigkeit einbüßte. Im Dezember 1981 rettete die Partei ihre Macht im Ausnahmezustand, den sie Kriegsrecht nannte. Selbstredend wurde auch das Kriegsrecht als nationale Notwendigkeit dargestellt.

Der Vf. erzählt kenntnisreich und pointiert die Geschichte des polnischen Nationalismus unter kommunistischer Herrschaft. Seine Kenntnis der polnischen Akten ist bewundernswert. Inhaltlich bietet sein Werk kaum Angriffsflächen; gelegentlich fehlt vielleicht der vergleichende Blick über die Grenzen Polens hinaus. Es ist auch vorstellbar, dass die Argumentation davon profitiert hätte, wenn Z. den Begriff „Imperium“ zur Interpretation sowjetischer Staatlichkeit herangezogen hätte. Auf einige formale Mängel der Übersetzung sei jedoch hingewiesen: Für den deutschen Leser ist ärgerlich, dass in den Fußnoten durchweg aus polnischen Ausgaben zitiert wird, auch wenn deutsche oder englische Übersetzungen oder russische Originalausgaben greifbar sind. Leider wurde auch darauf verzichtet, in den Fußnoten den aktuellen Forschungsstand wenigstens ansatzweise abzubilden. Eine Ergänzung und Überarbeitung des Anmerkungsapparates hätte der Übersetzung gut getan. So erscheint diese innovative Studie aus dem Jahre 2001 in ihrer deutschen Fassung ein wenig antiquiert. Diese Mängel sind bedauerlich, doch sie sollten die deutsche Zeitgeschichte – insbesondere die Kommunismusforschung – nicht davon abhalten, Z.s quellengesättigte und thesenstarke Untersuchung breit zu rezipieren. Sie ist ein vortreffliches Beispiel polnischer Zeitgeschichtsschreibung.

Potsdam

Jan C. Behrends

Evropská velkoměsta mezi koncem války světové a války studené 1945-1989. Stati a rozšířené příspěvky z 28. vědecké konference Archivu hlavního města Prahy, uspořádané ve spolupráci s Institutem mezinárodních studií Fakulty sociálních věd Univerzity Karlovy ve dnech 6. a 7. října 2009 v Clam-Gallasově paláci v Praze. [Europäische Großstädte zwischen dem Ende des Weltkriegs und des Kalten Kriegs 1945-1989. Beiträge und Aufsätze der 28. wissenschaftlichen Konferenz des Archives der Hauptstadt Prag in Zusammenarbeit mit dem Institut für internationale Studien der Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Karls-Universität am 6. und 7. Oktober 2009 im Clam-Gallas-Palast in Prag]. Hrsg. von Olga Fejtoová, Václav Ledvinka und Jiří Pešek. (Documenta Pragensia, Bd. 30.) Scriptorium. Praha 2011. 550 S., Ill., graph Darst., Kt. ISBN 978-80-87271-43-8, 978-80-86852-38-6.

Der vorliegende Band versammelt Beiträge einer 2009 in Prag abgehaltenen Konferenz. Die Artikel widmen sich hauptsächlich den folgenden Großstädten: Prag, Bratislava, Warschau, Breslau, Wilna, Danzig, Krakau, Lemberg, Kaliningrad, Berlin, Düsseldorf, Leipzig, München, Kassel, Würzburg, Mainz, Skopje, Lyon, Istanbul und Ankara. Die Autoren beschäftigen sich zumeist mit konkreten Spezifika der jeweiligen Stadt und könnten mit einigen der Informationen sogar Einheimische überraschen.

So wird der Leser in jeweils eigenen Beiträgen über die Gründe für Straßenumbenennungen in Prag, Krakau und in Deutschland sowie über die Prager Ehrenbürgerschaft für hochrangige Vertreter der Sowjetunion unterrichtet. Im Beitrag von Václav Ledvinka erfährt man, dass sich der Ausbau Prags nach sozialistischem Muster aufgrund der begrenzt zur Verfügung stehenden Investitionsmittel nur in kleinem Maßstab realisieren ließ. Hierzu wäre zu ergänzen, dass die Bombardements im Prager Stadtzentrum weniger Schäden (und folglich auch Baulücken) hinterließen als in anderen europäischen Städten. Interessant ist auch der Hinweis Blanka Soukupovás, dass die Ideologisierung des kommunistischen Regimes sich auch im Tourismus widerspiegelte – so wurden 1950 Stadtrundfahrten auf den Spuren der Prager Revolutionen von 1848, 1945 und 1948 organisiert. Beeindruckend ist der Artikel von Kateřina Jiřová über das nicht realisierte Projekt der Stadt Eteara, die sich südlich von Prag befinden und den Einwohnern, anders als in